

Statement

Reimann zum Pflegegesetz: Grundlegende Reform mit fairer Lastenverteilung sieht anders aus

Berlin, 9. Mai 2023

Aus Anlass der morgigen Anhörung des Gesundheitsausschusses kritisiert die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann, den vorliegenden Entwurf des Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetzes (PUEG):

„Die Pflegeversicherung steht vor dem finanziellen Kollaps – doch nachhaltige Lösungen jenseits kurzfristiger Beitragserhöhungen sucht man im aktuellen Gesetzesentwurf vergebens. Wir brauchen dringend zusätzliche Steuermittel für die Pflegeversicherung, insbesondere zur Finanzierung der versicherungsfremden Leistungen.

Es ist ein Unding, dass die Kosten für die Rentenbeiträge der pflegenden Angehörige weiter auf die Beitragszahlenden abgewälzt werden sollen. Auch das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag, die Pflegebedürftigen durch die Herausnahme der Ausbildungskosten aus den Eigenanteilen zu entlasten, wird mit dem PUEG nicht eingelöst. Daher ist es kein Wunder, dass der Gesetzesentwurf selbst innerhalb der Ampel-Koalition kritisiert wird. Eine grundlegende Reform der Pflegeversicherung mit fairer Lastenverteilung sieht anders aus.

Der aktuelle [WldOmonitor](#) zeigt, dass sich die Menschen eine solidarische Absicherung des Pflegerisikos wünschen. Eine verlässlich finanzierte Pflegeversicherung leistet einen wichtigen Beitrag zum sozialen Frieden in unserem Land und ist ein wichtiger Stabilitätsanker für unsere Gesellschaft, gerade in Krisenzeiten. Diese Stabilität darf die Politik nicht leichtfertig aufs Spiel setzen.“

Hinweis für die Redaktionen: Die Stellungnahme des AOK-Bundesverbandes

zum PUEG steht zum Download unter <https://aok-bv.de/positionen/stellungnahmen/>